

Landtag aktuell

23. April 2009

Sitzung des NÖ Landtages

Zwei Aktuelle Stunden

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Veranlagungen des Landes Niederösterreich – rascher Strategiewechsel zur Begrenzung weiterer finanzieller Verluste für das Land**“ abgehalten.

Abgeordneter Helmut **C e r w e n k a** (SP) kritisierte die mangelnde Transparenz bei der Veranlagung der Wohnbaugelder und forderte eine konstruktive Einbindung aller im Landtag vertretenen Fraktionen. Mit den verspekulierten Geldern in der Höhe von rund 800 Millionen Euro hätte man vier neue Donaubrücken oder fünfzig neue Pensionistenheime bauen können.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) verlangte, dass „die aktuellen Zahlen auf den Tisch kommen“ und ein Sonderlandtag zum Thema Wohnbaugelder stattfinden solle. Dort wäre dann genügend Zeit, um ausführlich über dieses ernste Thema zu diskutieren. Dabei müsse auch die Grundsatzfrage behandelt werden, wie man mit Steuergeld umgehe und das Volksvermögen bestmöglich an die nächsten Generationen weitergeben könne. Außerdem seien die im Landtag vertretenen Parteien nicht laufend über die Veranlagung der Wohnbaugelder informiert worden.

Abgeordneter Rupert **D w o r a k** (SP) forderte einen Runden Tisch, eine Diskussion über einen Strategiewechsel, die Offenlegung der Verluste sowie einen Umstieg auf eine

konservative Veranlagung. Zudem müsste das Firmengeflecht rund um die Veranlagungsform hinter der FIBEG klarer dargestellt werden. Generell gebe es aber weltweit in Anbetracht der internationalen Wirtschaftskrise Probleme bei Veranlagungen, wodurch sogar Banken oder Staaten wie Island ins Wanken geraten sind. Daher sei eine sachliche Diskussionen über die Veranlagung der Wohnbaugelder notwendig, wo es nicht um Schuldzuweisungen gehen dürfe.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, bisher habe man bei den Wohnbaugeldern einen Verlust von über 13 Prozent in Kauf nehmen müssen. Die Grünen hätten als einzige Partei im Jahr 2001 dem Grundsatzbeschluss zur Veranlagung der Wohnbaugelder nicht zugestimmt. Beim „Orkanausbruch“ 2008 sei die vom Landtag einstimmig beschlossene Informationspflicht nicht eingehalten worden. Das seinerzeitige Abstimmungsverhalten seitens der SP und FP neu zu überdenken, zeuge von politischer Qualität. Es gehe hier nicht um politisches Kleingeld, sondern um 1 Milliarde Euro.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) meinte, dass die Fakten aus einer hochkomplexen Finanzwelt aus politischem Kalkül auf einen einfachen Nenner heruntergebrochen worden seien. Es sei der denkbar schlechteste Zeitpunkt, aus langfristig kalkulierten Aktiengeschäften auszusteigen, würde aber dennoch derzeit noch immer einen Überschuss von 200 Millionen Euro bringen. Die Veranlagung sei in Wahrheit sehr konservativ und bei vier Prüfungen vom Rechnungshof als plausibel und nachvollziehbar bezeichnet worden. Die SP habe in allen 32 Beiratssitzungen zugestimmt und nie einen Veränderungswunsch geäußert.

Abgeordneter Helmut C e r w e n k a (SP) sagte in einer tatsächlichen Berichtigung, er hinterfrage die Glaubwürdigkeit seines Vorredners. Ein sofortiger Ausstieg sei bei der gemeinsamen Pressekonferenz der Klubobleute nie verlangt worden. Der Beirat sei zudem kein Beschlussorgan, die Beschlüsse fielen im Aufsichtsrat.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) betonte, Sobotka sei mit dem Geld der Bürger „ins Finanzcasino“ gegangen. Die Spekulationsgewinne seien von den Verlusten bereits aufgefressen worden. Wenn es nicht mehr Kontrolle, eine Offenlegung der Firmengeflechte etc. gebe, müsse es vor dem Budget- einen Sonderlandtag geben.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) sagte, die ursprünglichen 4,4 Milliarden Euro seien heute nur noch 3,4 Milliarden Euro wert. Bei einer konservativeren Veranlagung wären es noch immer 4,4 Milliarden Euro plus einem zusätzlichen Zinsgewinn von 1 Milliarde Euro. Der Bundesrechnungshof habe bereits 2003 auf das hohe Risiko der Veranlagung hingewiesen. Er forderte größtmögliche Transparenz sowie einen runden Tisch.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) wollte in einer tatsächlichen Berichtigung „die Glaubwürdigkeit von Klubobmann Cerwenka ins rechte Licht rücken“. Die SP habe sehr wohl einen sofortigen Ausstieg gefordert. Die Veranlagung sei 2001 der wirtschaftspolitisch bessere Schritt gewesen. Es gebe keine Causa, die öfter vom Rechnungshof geprüft worden sei. Es sei stets darum gegangen, Ertrag zu erarbeiten und diesen richtig und sinnvoll einzusetzen. Denn was man nicht erwirtschaftete, könne man auch nicht verteilen.

Abgeordneter Helmut C e r w e n k a (SP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort. Abgeordneter Riedl habe ihm unterstellt, die Unwahrheit zu sagen, er habe jedoch in seiner tatsächlichen Berichtigung aus dem offiziellen Pressepapier zitiert.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Josef L e i t n e r (SP) meinte, in den Finanzmärkten sei ein System, getragen von Gier und Neid, untergegangen. Die virtuelle Finanzwirtschaft könne sich jedoch nicht von der Realwirtschaft abkoppeln. Bezahlen müssten nun die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. Am Arbeitsmarkt müsse die Devise gelten, „Kampf um jeden Arbeitsplatz“. Er forderte einen Runden Tisch und einen „überparteilichen Konsens“.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort und meinte, der ORF hätte das berichtet, was er in seiner Wortmeldung gesagt habe.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) vertrat die Meinung, die heutige Aktuelle Stunde habe „ein Sittenbild über die politischen Rahmenbedingungen im Land“ geliefert. Sie forderte, Transparenz und Klarheit zu schaffen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang S o b o t k a (VP) sagte, es sei mit Weitblick entschieden worden, Vermögen zu erhalten und für zukünftige Generationen zu sichern. Es sei richtig gewesen, 1 Milliarde für das Landesbudget und die Wirtschaft Niederösterreichs zur Verfügung zu stellen. Damit seien etwa die Finanzierung der 24 Stunden-Pflege, der Kindergarten für Zweieinhalbjährige oder die Ausbauoffensive der NÖ Spitäler möglich gewesen. Man habe 1 Milliarde Euro erwirtschaftet, und jeder Niederösterreicher profitiere davon.

Es folgte eine weitere **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Steuerreform und Konjunkturpakete des Landes Niederösterreich – Entlastung der Bürger, Sicherung der Arbeitsplätze und Erhöhung der Lebensqualität**“.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) betonte, die Welt sei ein globales Dorf geworden. Entscheidungen in der Finanzwelt hätten weltweite Auswirkungen. Es gehe nun um die Frage, wie man die Krise rasche gemeinsam bewältigen könne. Die Krise sei auch an Niederösterreich nicht vorbeigegangen, Niederösterreich hätte jedoch bessere Voraussetzungen als andere Regionen. Bereits im November des Vorjahres habe Niederösterreich das erste Konjunkturpaket beschlossen, im Jänner dieses Jahres wären weitere 100 Millionen Euro durch ein Konjunkturpaket bereitgestellt worden. Mit einem dritten Paket sei es Landeshauptmann Pröll gelungen, 355 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen nach Niederösterreich zu holen. Das vierte Konjunkturpaket würde den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern direkt helfen. Zum einen habe man mit dem

166 Millionen Euro umfassenden Beschäftigungspakt u. a. für die gemeinnützigen Initiativen „Start-up“ und „Job 2000“ einen Schwerpunkt gesetzt, wovon über 50.000 Menschen profitierten. Zum zweiten unterstütze das Land viele Projekte für Kinder und Familien in den Gemeinden, die beispielsweise nun im Zuge der Kindergartenoffensive umgesetzt wurden.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) vertrat die Meinung, dass die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Monaten um 34 Prozent gestiegen sei, die „Kriminalität explodiere“ und das Geld der Konjunkturpakete nicht bei den Menschen bzw. bei den Klein- und Mittelbetrieben ankomme. Zudem verlangte er, auf nachwachsende Energieträger zu setzen, um so die Energieimporte zu reduzieren und die Wertschöpfung im Land zu belassen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) meinte, schlechte wirtschaftliche Aussichten sowie Probleme am Arbeitsmarkt würden Bürger und Unternehmer belasten. Wer in Niederösterreich lebe, solle hier aber auch eine hohe Lebensqualität genießen können. Zur Ybbstalbahn meinte er, dass in diesem Fall die Devise „Modernisieren statt zusperren“ Gültigkeit haben müsse.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) sagte, dass man jetzt diskutieren müsse, welche Maßnahmen notwendig seien, um der Krise gegenzusteuern. Wichtig seien in diesem Zusammenhang die Einführung der Grundsicherung und die Gleichbehandlung von Frauen und Männern bei der Wirkung der Konjunkturpakete. Zudem würde permanente Angst um den Arbeitsplatz krank machen. Weiters forderte sie stabile Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Investitionen in die Solarenergie seien im europäischen Vergleich viel zu gering. Seriöse Partner aus der Wirtschaft würden sich bei Projekten im Bereich der Fotovoltaik zurückziehen und auf ein besseres Ökostromgesetz hoffen.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) erklärte, dass die ÖBB „die Ybbstalbahn heruntergewirtschaftet habe“. Niederösterreich verzeichnete in den letzten Jahren eine gute Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung. Ein stabiler Finanzmarkt sei für die Entwicklung der Realwirtschaft unabkömmlich. Bisher habe Niederösterreich vier Konjunkturpakete im Gesamtumfang von 850 Millionen Euro verabschiedet. Beim Umwelt-Konjunkturpaket wurde der nicht rückzahlbare Zuschuss bei Sanierungen auf 20.000 Euro angehoben. Nicht zuletzt stieg beim Heizkesseltausch der Direktzuschuss auf 5.000 Euro. Jetzt von neuen Steuern zu sprechen, sei kontraproduktiv.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, es würden zwar Leitbetriebe und Banken unterstützt, es sollten aber auch die Bürger entlastet werden. Von Entlastungen der Bürger könne keine Rede sein, stattdessen gebe es vom Strom- und Gaspreis bis zur ORF-Gebühr nur Belastungen. Klein- und Mittelbetriebe müssten als Kreditgeber für die öffentliche Hand herhalten.

Abgeordneter Emil S c h a b l (SP) meinte, es sei entscheidend, die positiven politischen Kräfte für gemeinsame Anstrengungen zu bündeln. Gegenseitige Schuldzuweisungen brächten nichts, man müsste zu einer gesunden Verhältnismäßigkeit zurückfinden. Niederösterreich habe in gutem Glauben viel getan. Wenn man aber nicht bereit sei, offensiv und vernetzt vorzugehen, werde man „überbleiben“.

Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g (VP) sagte, die FP würde das Land nur schlecht reden. Die Veränderungen zum Besseren seien überall zu sehen. Die Bundesländerbewertung des Management-Clubs sehe Niederösterreich an zweiter Stelle. Beim Durchschnittseinkommen der Bevölkerung liege Niederösterreich zum ersten Mal in der Zweiten Republik an der ersten Stelle. Mit der Steuerreform gebe es in Österreich 2,7 Millionen Menschen, die keinen Cent Steuer zahlen.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landespflegeheim Herzogenburg, Neubau am gleichen Standort in 3 Bauphasen.**

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) eröffnete die Debatte: Das Martinsheim entspreche nicht mehr den Anforderungen an ein modernes Pflegeheim. Gerade in so sensiblen Bereichen sei es hoch an der Zeit, für entsprechende Standards zu sorgen. Das Ganze sei aber „nur ein Tropfen auf den heißen Stein“.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) sprach von einem Anliegen, das schon lange bestehe. Mit dem geänderten Ausbauprogramm sei man jetzt am richtigen Weg. Für Stadt und Region bedeute das zudem zusätzliche Arbeitsplätze.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) sprach von einem „Tag der Freude“ für die Stadt Herzogenburg und die gesamte Region.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der Beschluss sei ein wesentlicher Schritt für die Region.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Razborcan, Waldhäusl u. a. betreffend **Einführung einer „allgemeinen“ Wohnbeihilfe**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) betonte, auch Niederösterreich bleibe nicht von der Krise verschont. Daher müsse man Maßnahmen überlegen, dass Menschen, die arbeitslos werden, auch weiterhin sozial integriert bleiben. Bei Armutsgefährdung bestehe stets „die Gefahr der sozialen Spaltung“. Wohnprobleme seien oft das Resultat von unverschuldeter Arbeitslosigkeit.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sagte, immer mehr Menschen in Niederösterreich würden mit ihrem Einkommen nicht mehr auskommen. Der Verlust der Wohnung sei oft gleichbedeutend mit dem sozialen Absturz. Die Einführung einer allgemeinen Wohnbeihilfe würde eine enorme Entlastung für die Betroffenen, wie z.B. Alleinverdiener oder Mindestpensionisten, darstellen.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) wies darauf hin, dass es eine allgemeine Wohnbeihilfe bereits in sechs anderen Bundesländern gebe, etwa in Oberösterreich. Nur in Vorarlberg, Tirol und Niederösterreich gebe es eine solche nicht.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) meinte, das Land Niederösterreich habe beim Thema Wohnen einen sehr erfolgreichen Weg eingeschlagen. Gerade im sozialen Wohnbau sei man in Niederösterreich sehr beispielhaft vorgegangen. Er wies etwa auf die Instrumente der Wohnhilfe und der Wohnassistenz sowie auf den „Verein Wohnen“ hin.

Der Antrag des Ausschusses, den Antrag abzulehnen, wurde mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) referierte zum Antrag der Abgeordneten Kadembach u. a. betreffend **Änderung der Richtlinien des NÖ Heizkostenzuschusses**.

Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) betonte, es gehe in diesem Antrag darum, dass die Menschen in Niederösterreich, die kein hohes Einkommen haben, nicht frieren müssten.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) meinte, dass ein großer Teil der Anspruchsberechtigten nicht in den Genuss des Heizkostenzuschusses komme. Er befürchtete eine Bloßstellung der Antragsteller des Heizkostenzuschusses im Gemeindeamt. Daher werde die FP den Antrag der SP auf Änderung der Richtlinien des NÖ Heizkostenzuschusses unterstützen.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) erklärte, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssten von Armut betroffene Menschen von der Gesellschaft unterstützt werden. Jene, die den Richtsatz um mehr als 10 Euro überschreiten, würden nicht den Heizkostenzuschuss bekommen sowie nicht von der ORF-Grundgebühr, der Telefongrundgebühr oder der Rezeptgebühr befreit werden. Die von der SP geforderte Einschleifregelung sei

notwendig, um Ungerechtigkeiten zu beseitigen und die Gesellschaft gerechter zu gestalten.

Abgeordneter Helmut D o p p l e r (VP) sagte, der NÖ Heizkostenzuschuss werde seit dem Jahr 2000 gewährt. Mit dem Heizkostenzuschuss soll all jenen geholfen werden, die sich auf Grund der Energiekosten das Heizen nicht oder nur schwer leisten können. Damit würden die Preissteigerungen auf dem Energiesektor abgedeckt werden. Alleinstehende Personen dürfen pro Monat 747 Euro verdienen, Ehepaare und Lebensgemeinschaften 1.120 Euro, für jedes Kind dürfen 78,29 Euro dazuverdient werden. Außerdem gebe es eine Härteklausel in der Höhe von 10 Euro bezüglich der Verdienstgrenze. Außerdem würden jährlich bis zu 500 Grenzfälle, die über der Härteklauselgrenze liegen, positiv behandelt.

Der Antrag des Ausschusses, den Antrag abzulehnen, wurde mit Mehrheit angenommen. Es folgte eine Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Mag. Schneeberger an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend **Schi- und Radhelme**.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) betonte, die Grünen hätten die Helme des Landes von der AUVA überprüfen lassen. Dabei habe sich herausgestellt, dass eine Strangulierungsgefahr bestehe.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) erklärte, man müsse bei den Schi- und Radhelmen des Landes jedes Risiko ausschließen können.

Klubobmann Helmut C e r w e n k a (SP) meinte, Ziel der bewährten Initiative sei es, die Sicherheit der Radfahrer und der Schifahrer zu erhöhen. Die SP habe sich immer für eine Gutscheinkampagne des Landes mit fachgerechter Beratung in den Sportgeschäften eingesetzt.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) sagte, es gehe um die technische Frage der Beschaffenheit. Die Reißfestigkeit der Riemen sei zu hoch.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) meinte, der Schi- bzw. Radhelm sei mittlerweile 140.000 Mal in Niederösterreich vergeben worden und habe sich bestens bewährt. Als Landeshauptmann Pröll zu Weihnachten die Schihelmpflicht eingeführt habe, seien die Grünen die einzige Partei im Landtag gewesen, die sich gegen die Helmpflicht ausgesprochen haben. Die Grünen hätten Tausende Kinder und Eltern verunsichert. Die Anfragebeantwortung wurde von VP, SP und FP angenommen.

Schluss der Sitzung!